

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

146. Sitzung

Berlin, Freitag, den 3. Dezember 2004

Tagesordnungspunkt 20:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes über die parlamentarische Beteiligung bei der Entscheidung über den Einsatz bewaffneter Streitkräfte im Ausland (Parlamentsbeteiligungsgesetz)** (Drucksachen 15/2742, 15/4264)

.....
13635 C

- Zweite und dritte Beratung des von den Abgeordneten Jörg van Essen, Rainer Funke, Günther Friedrich Nolting, weiteren Abgeordneten und der Fraktion der FDP eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Mitwirkung des Deutschen Bundestages bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr (Auslandseinsatzmitwirkungsgesetz)** (Drucksachen 15/1985, 15/4264)

13635 C

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren heute abschließend über das so genannte Parlamentsbeteiligungsgesetz. Schon der Name grenzt an Etikettenschwindel.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

„Entsendegesetz“ trifft das Anliegen besser.

(Widerspruch des Abg. Peter Dreßen [SPD])

Schließlich geht es darum, die Bundeswehr möglichst problemlos weltweit entsenden zu können und das Parlament dabei so wenig wie möglich beteiligen zu müssen. Blitzeinsätze des Militärs im Äußeren und „Light“-Demokratie im Inneren – das ist des Pudels Kern.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die PDS im Bundestag lehnt beides entschieden ab.

Ich bezweifle übrigens heftig, dass das vorliegende Gesetz grundgesetzkonform ist. Noch enthält die **deutsche Verfassung** eine **Friedenspflicht**. Noch hat die höchste Volksvertretung über Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden. Das gebietet das Grundgesetz.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Der vorliegende Entwurf von Rot-Grün aber bricht mit beiden Grundsätzen: mit der Pflicht zum Frieden und mit dem Recht des Bundestages.

Nur zur Erinnerung: So lange ist es noch gar nicht her, da galten deutsche Kriegseinsätze als nahezu unvorstellbar. Dann kam der Sündenfall. Zwar wurde noch immer von Kriegseinsätzen als Ultima Ratio geredet. Aber immer mehr wurde die gern zitierte Ausnahme zur Regel.

Es ist auch noch nicht so lange her, da mussten im Bundestag zwei Drittel einem Militäreinsatz zustimmen. Dann wurde das Quorum gesenkt. Nun sollen die Abgeordneten noch mehr degradiert oder – wie die PDS im Bundestag – sogar vollständig aus diesem Prozess ausgeschaltet werden. Denn mit diesem Gesetz wird der einzigen Partei, die im Bundestag gegen weltweite Militäreinsätze ist, ein Maulkorb verpasst.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Das Entsendegesetz dient einer beschleunigten Militarisierung der Außenpolitik. Es folgt einer Anregung der USA. Es dient den Wünschen der NATO und soll die militärische Interventionskraft der EU stärken. Das Gesetz wird – davon gehe ich aus – wie gewünscht funktionieren. Wird die Bundeswehr künftig in Marsch gesetzt, dann muss der Bundestag der Regierung de facto das Misstrauen aussprechen, um den Einsatz zu beenden.

Auch das **Ausmaß eines Auslandseinsatzes** obliegt nicht mehr einer Abwägung im Bundestag. Er kann im Nachhinein nur noch Ja oder Nein sagen. Damit entzieht sich der Bundestag jedem Pro und Kontra. Er unterwirft sich den Entscheidungen einer Regierung, die er eigentlich nach allen Regeln der Demokratie beauftragen und kontrollieren soll.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Er behindert außerdem eine gesellschaftliche Debatte, anstatt sie anzuregen.

Damit bin ich bei der eigentlichen und schrecklichen Botschaft, die Sie heute beschließen wollen. Der Bundestag entmündigt sich selbst,

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

weil er dem Militär im Weg steht, weil die höchste deutsche Volksvertretung der NATO und der Bundeswehr zur Last fällt. Ich hätte nie gedacht, dass es einmal so weit kommt, noch dazu auf Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Die PDS im Bundestag lehnt das ab – konkret und grundsätzlich.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Weil Sie den Antrag noch nicht einmal gelesen haben! – Jörg van Essen [FDP]: Genau! Sie kann den Antrag nicht gelesen haben!)